

INTERGLOBAL

NIEDERLANDE

Das Gas von Groningen

Tobias Müller

Weil sie zahlreiche Erdbeben provoziert, sollte die Erdgasförderung in der niederländischen Provinz Groningen zum Jahresende eigentlich auslaufen. Russlands Krieg gegen die Ukraine hat dies nun in Frage gestellt. Über ein Dilemma, das die örtliche Bevölkerung nicht nur abstrakt betrifft.

Den Haag, 31. März. Andächtig lauschen die Abgeordneten im niederländischen Parlament der Ansprache Wolodymyr Selenskyis. Der ukrainische Präsident bittet um mehr Waffenlieferungen und fordert mit eindringlichen Worten die Mitgliedschaft in der Europäischen Union sowie einen Boykott von russischem Öl und Gas. „Seien Sie bereit, die Energie aus Russland zu stoppen! Das ist entscheidend um zu verhindern, dass Russland weiter Krieg in Europa führen kann.“

Loppersum, einen Tag später: Kurz nach dem Abendessen bebte rund um das Dorf in der Provinz Groningen die Erde. Bewohner*innen berichten später von einem explosionsartigen Knall und von einem Rütteln, das in allen Häusern bemerkbar war. Die Stärke der Erschütterung auf der Richterskala: 2,7. Wobei dieser Wert wenig über den Effekt aussagt: Die Beben in Groningen finden sehr nah unter der Erdoberfläche statt, nur etwa drei Kilometer tief, weshalb auch eine relativ niedrige Magnitude für einige Zerstörung sorgen kann. Es sind keine gewöhnlichen, tektonischen, sondern induzierte Beben. Ihre Ursache: die Erdgasförderung in der Provinz.

Natürlich war es lediglich ein Zufall, dass nur etwas mehr als 24 Stunden zwischen den beiden geschichteten Ereignissen lagen. Entscheidender ist auch eher, dass der jüngste abendliche Schreck keine Ausnahme war, denn allein 2021 bebte die Erde unter der nordöstlichsten Provinz der Niederlande 72 mal. Und doch gibt es zwischen Selenskyis Appell und dem Beben von Loppersum eine Verbindung. Je länger Russlands Krieg gegen die

Ukraine dauert, umso häufiger blickt man in den Niederlanden nach Groningen: Denn dort gibt es Gas.

Lieber gestern als heute wollen die meisten in Europa weg vom russischen Gas (siehe den Artikel in woxx 1679: Zwischen Sanktion und Ausstieg). Und in der Erde unter der Groninger Provinz, in einer Sandsteinschicht drei Kilometer unter der Oberfläche, befindet sich nicht nur irgendein Gasfeld, sondern mit einer geschätzten Kapazität von ursprünglich rund 2.800 Milliarden Kubikmeter das Größte in ganz Europa. Rund 450 Milliarden Kubikmeter des begehrten Brennstoffes sind dort noch übrig. Seit der Gaspreis in die Höhe schnellte, ist dessen Ausbeutung wieder ein Thema, wenn es um die Energieversorgung geht. Die Frage, die sich aufdrängt, ist also heikel: Soll man trotz der Beben und sonstigen Gefahren den Gashahn dort wieder öffnen?

Die Gasförderung der „Niederländischen Erdölgesellschaft“ (NAM), ein Joint Venture von Shell und Exxon Mobil, die 1963 begann, sorgt seit den 1990er-Jahren für Erdbeben in der Region. Gefördert wird nach konventioneller Methode, mit Bohrlöchern, durch die das Gas dank des natürlichen Drucks nach oben strömt. Dadurch aber werden die betroffenen Gesteinsschichten porös, und ihre unterschiedliche Dichte führt dazu, dass es zu Erschütterungen kommt. Im Jahr 2013 gab es über 120 Beben, der Höhepunkt des Phänomens. Erstmals sah sich die Politik damals genötigt, dem Unmut der besorgten Bevölkerung nachzugeben und die Fördermenge vorübergehend zu reduzieren. Auch die staatliche Minenaufsichtsbehörde riet seinerzeit dringend zu diesem Schritt.

„Die großen Probleme hier gibt es schon seit dem schweren Erdbeben von Huizinge im Jahr 2012“, sagt Merel Jonkheid, die Sprecherin der Bürger*inneninitiative „Groninger Bodem Beweging“ (GBB). In Huizinge, einem winzigen Dorf 20 Kilometer nordöstlich der Stadt Groningen, wurde im August 2012 das schwerste aller soge-

nannten „Gasbeben“ verzeichnet - mit einem Wert von 3,6 auf der Richterskala. Mehr als 5.000 Meldungen über Schäden an Gebäuden gingen danach bei der NAM ein. Erst da gestand das Unternehmen ein, was Seismologen längst wussten: dass die Bohrungen zu den Erschütterungen führen.

Laut den Statistiken der von GBB gibt es bis heute in der Region mehr als 30.000 nicht geregelte Schadensfälle. Merel Jonkheid berichtet, dass sich Erstattungsverfahren meist lange hinschleppen, was für die gebeutelte Einwohnerschaft zusätzlichen Stress und Unsicherheit bedeutet. Doch das ist nicht das einzige Problem: „Zur Zeit werden auch 27.000 Häuser auf Erdbeben-Beständigkeit untersucht, um zu wissen, ob sie statisch verstärkt werden müssen. Das läuft schon seit Jahren, erst bei 14 Prozent der Gebäude ist dieser Vorgang abgeschlossen. Wenn der Gashahn nun womöglich nicht wie geplant zugezogen wird, müssen sie jedoch nach ganz anderen Kriterien beurteilt werden.“

Durch die Erdgasförderung werden die betroffenen Gesteinsschichten porös, und ihre unterschiedliche Dichte führt dazu, dass es zu Erschütterungen kommt.

Die Frage, ob die Gasförderung ganz gestoppt oder nur teilweise reduziert werden soll, stellt bereits seit zehn Jahren einen Gradmesser der Stimmung in Groningen dar. Spätestens, seit die Seismologen des „Königlich-Niederländischen meteorologischen Instituts“ (KNMI) im Jahr 2013 für die Zukunft Beben der Magnitude 4 oder 5 vorhergesagt haben, ist die Forderung für die meisten klar: geschlossen muss der Gashahn werden, und zwar so schnell es nur geht. Die Politik kam dem zunächst nur zögerlich nach. Die Fördermenge wurde reduziert, aber mit Verweis auf die

Häuser, die im Winter geheizt werden müssen, nicht auf null. Auf dem Höhepunkt der Förderung waren 97 Prozent der niederländischen Haushalte abhängig von Erdgas, Ende 2020 waren es noch immer 88,9 Prozent.

Das Groninger Gas, das auch in die Nachbarländer Frankreich, Deutschland und Belgien exportiert wird, brachte bis 2019 rund 417 Milliarden Euro in die Staatskasse. Doch die Warnungen der Minenaufsichtsbehörde, wegen der entstandenen Druckunterschiede im Boden könnte die Erden unter dem Gasfeld noch jahrzehntelang beben, wurden am Ende doch ernst genommen. Unter dem Eindruck weiterer schwerer Beben wurde 2018 beschlossen, die Förderung ganz einzustellen - zunächst allerdings wurde für den Komplettstopp das Jahr 2030 genannt. Dieser Termin wurde schließlich auf 2023 vorgezogen - mit einer Notfalloption bis 2026, für besonders kalte Winter.

Erleichtert sei man gewesen, endlich wieder eine Perspektive für ein sicheres Wohnen in der Region zu haben, meint Merel Jonkheid über diesen Entscheid. Als es eines Nachts im November letzten Jahres im Dorf Garelswaer wieder heftige Erschütterungen gab - mit einem Wert von 3,2 auf der Richterskala das stärkste Beben seit 2019 - unterstrich das abermals die Notwendigkeit des Ausstiegs aus dem Groninger Gas. Augenzeug*innen berichteten im Lokalfernsehen, ihr Haus habe hin- und hergeschwankt. Zu spüren war das Beben sogar in der Stadt Groningen selbst, die normalerweise wenig von all dem mitbekommt.

Umso mehr Unmut erntete Stef Blok, Wirtschaftsminister der damaligen kommissarischen Regierung, als er kurz nach Neujahr kündigte, bis Oktober 2022 nicht wie geplant nur 3,9 Milliarden Kubikmeter Gas fördern zu wollen, sondern 7,6 Kubikmeter - unter anderem wegen vertraglicher Verbindlichkeiten gegenüber Deutschland. Der große Nachbar droht wegen der Gaskrise kalte Füße zu bekommen. Fünf Millionen Haus-

INTERGLOBAL

FOTO: EPA-EFE/ROBIN VAN LONKHUIJSEN



Seit Jahren wird in der niederländischen Provinz Groningen gegen die regionale Erdgasförderung protestiert: Unser Bild zeigt eine Demonstration vor einem Erdgasdepot nahe dem Dorf Farmsum im August 2018.

halte sind laut dem niederländischen öffentlich-rechtlichen Fernsehsender NOS in den grenznahen Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen von Gas aus Groningen abhängig.

Gemeinsam mit anderen Aktivist*innen organisierte Merel Jonkheid daraufhin eine Fackel-Demonstration. Diese schaffte es nicht nur landesweit in die Nachrichten, sondern erhält auch im Internet breite Unterstützung. In den vergangenen Jahren ist die Erdbebenprovinz auch im Rest des Landes zum Symbol für einen Staat und eine politische Klasse geworden, die sich vermeintlich nicht um das Wohlergehen der Bürger*innen scheren.

Laut den Statistiken einer Bürgerinitiative gibt es bis heute in der Region mehr als 30.000 nicht geregelte Schadensfälle.

„Respekt für Groningen“, schallte es an jenem Abend über den vollbesetzten Fischmarkt. Fäuste wurden in die Luft gereckt, Fackeln entzündet. Über 10.000 Menschen trotzten der Januarälte. Man wollte, wie es ein Teilnehmer gegenüber einem Fernseherteam sagt, die eigene Stimme zu Gehör bringen: In der „randstad“, dem wirtschaftlichen und politischen Zentrum im Westen des Landes, kümmern sich nicht um Groningen.

Selbstgemalte Plakate verdeutlichten, was man hier von dem Plan hält, die Gasförderung wieder zu erhöhen. Insbesondere ein Transparent brachte es für die Demonstrierenden wohl genau auf den Punkt: „Even if Putin is an ass, hands off our gas!“

Mit dem Krieg jedoch scheint sich das Blatt nun doch zu wenden. Dass Beben in Groningen erträglicher seien als Bomben auf die Ukraine, hört man häufig als Argument. Ende Februar befanden zwei Drittel der Teilnehmer*innen einer Umfrage des TV-Magazins „1vandaag“, die Situation rechtfertige es, vorübergehend wieder mehr Gas in Groningen zu fördern. Auch ein Stimmungsbild der dortigen Regionalzeitung „Dagblad van het Noorden“ ergab im März, dass 83 Prozent der Befragten den Import von russischem Gas beenden wollen, 61 Prozent von ihnen sogar um den Preis, wieder vor Ort zu fördern, und zwar bis zu einer Menge von zwölf Milliarden Kubikmetern jährlich. Das ist die Fördermenge, welche die Minenaufsichtsbehörde für sicher hält, wohlgeachtet für den Fall, dass alle Gebäude entsprechend verstärkt sind.

Merel Jonkheid nennt die Umfrage „irreführend“, eben weil diese bauliche Absicherung noch jahrelang auf sich warten lässt. Fraglich erscheint ihr zudem, ob die Gewinne, die bei einer verstärkten Gasförderung zu erwarten sind, wenigstens den Menschen in der Region zu Gute kommen. Dafür nämlich haben sich 86 Prozent der Umfrageteilnehmer*innen eben-

falls ausgesprochen. In einem Artikel mit dem Titel „Eine Alternative für russisches Gas? Lasst Groningen in Ruhe!“, der im März in der niederländischen Abendzeitung „NRC Handelsblad“ erschien, legte Jonkheid den Standpunkt der Bürger*inneninitiative GBB abermals dar und resümierte: „Das Problem der Gasproduktion ist kein finanzielles, das sich mit mehr Geld lösen lässt. Es ist ein Sicherheitsproblem.“

Jesse Frederik, Ökonomieexperte der Online-Zeitung „De Correspondent“ und alles andere als ein Fürsprecher fossiler Energiequellen, plädierte nach Beginn der russischen Invasion hingegen in einem Essay dafür, den Gashahn im Norden wieder zu öffnen. Wie die Teilnehmer*innen der Umfrage forderte auch er, die Menschen vor Ort dafür zu kompensieren. Selbst bei Nutzung sämtlicher, also auch schmutzigster, verfügbarer Energiequellen gelänge es nicht, einen Ausfall des Gases aus Russland, das einen Importanteil von rund 15 Prozent ausmacht, vollständig zu kompensieren, wie Frederik meint. Daher sieht er keine andere Lösung als der zusätzliche Rückgriff auf das Groninger Feld.

Zwar sind die Niederlande wesentlich weniger von russischem Gas abhängig als der EU-weite Durchschnitt von 40 Prozent. Dennoch ist das Land, seit die Groninger Förderung drastisch reduziert wurde, innerhalb weniger Jahre vom Exporteur zum Importeur geworden, wobei die Hauptmenge aus Norwegen kommt. Damit

ist man nicht nur hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Gasmengen, sondern auch mit Blick auf die Preise von anderen abhängiger geworden. Hinzu kommt, dass die Gasspeicher Ende 2021 nur zu 58,5 Prozent gefüllt waren, deutlich unter dem EU-Schnitt von 76 Prozent.

Innerhalb weniger Jahre sind die Niederlande vom Gasexporteur zum Importeur geworden, wodurch das Land abhängiger geworden ist.

Wer mit dem Zug in das Gasförderungsgebiet der Provinz reist, nimmt bei der Ankunft just dieses Sicherheitsproblem als Erstes wahr. In Loppersum findet sich im charmanten Bahnhofsgebäude nicht etwa ein Imbiss oder ein Café, sondern ein Architekturbüro. „Erdbebenbeständig Bauen, Beratung und Ausführung von präventiven Verstärkungen“, wirbt ein Schild im Schaufenster. Um die Ecke findet man einen Aushang der GBB, die informierende Fahrradtouren vorschlägt, die Namen wie „Risse durch Groningen“ tragen - eine Anspielung auf die von Erdbeben gezeichneten Häuserwände.

Es ist Freitagnachmittag und das Architekturbüro hat bereits geschlossen. Inhaber Geir Eide ist jedoch telefonisch zu erreichen. „Viele Häuser sind so unsicher bei Erdbeben, dass

es besser ist sie abzureißen und neu aufzubauen", lautet das drastische Urteil des Architekten über den Zustand des Großteils der regionalen Bausubstanz. Was die Gasförderung betrifft, seien seine Kunden nicht alle einer Meinung: „Es gibt Leute, die sagen: pumpt das Gas hoch, wenn das Geld dann benutzt wird, um die Häuser hier zu verstärken.“ Andere seien weiterhin dafür, die Förderung zu stoppen. „Das ist auch meine Meinung“, sagt Eide.

Gefragt, was nun zu tun sei, scheinen die Menschen, die an diesem Nachmittag im Dorf unterwegs sind, innerlich zerrissen. Wie die beiden Frauen, die gerade beim Nordic-Walking sind. Erdbeben hätten sie zahlreiche erlebt, sagen sie. „Darum: den Gashahn schließen!“ Und doch formulieren sie ein „aber“: „Wenn Not am Mann ist, haben wir keine andere Wahl.“ Ähnlich scheint es auch anderen zu gehen.

Eine rüstige Rentnerin, die viele beängstigende Erdbeben erlebt hat, zieht eine bittere Bilanz nach 60 Jahren Gasförderung in der Provinz: „Meine Mutter war sehr froh, als das Gas kam und sie nicht mehr mit Butangas kochen musste“, erinnert sich die Frau: „Hätte sie noch miterlebt, was da alles dran hängt, sie würde sich im Grab rumdrehen! Die Groninger müssten zumindest kompensiert werden.“ Kopfzerbrechen bereitet ihr die Frage, woher langfristiger Ersatz für russisches Gas kommen soll. „Es ist ja nicht so, dass schon alle eine Wärmepumpe hätten.“ Dass Katar nun als Lieferant in den Fokus rückt, findet sie jedenfalls „komplett lächerlich“.

Nach dem Erdbeben vom ersten April bekräftigte Rob Jetten, der neue niederländische Minister für Klima und Energie, das Groninger



Viele Häuser über dem Groninger Gasfeld haben durch die ständigen Beben Schaden genommen: Ein Einwohner des Örtchens Wirdum weist auf Risse im Mauerwerk seines Bauernhauses hin.

Gasfeld trotz allem „so schnell es geht“ schließen zu wollen. Er bezog sich dabei auf eine aktuelle Empfehlung der Minenaufsichtsbehörde. „In der heutigen Situation ist die Sicherheit der Einwohner unzureichend gewährleistet“, heißt es darin. „Bei tausenden Häusern besteht im Falle eines schweren Erdbebens Einsturzgefahr.“ Kurz darauf sagte Hans Vijlbrief, Staatssekretär für Minenbau, man werde im laufenden Jahr die Fördermenge von 4,5 Milliarden Kubikmetern nicht überschreiten – weit weniger also, als noch im Januar angekündigt.

Beinahe zeitgleich forderte die Interessenvertretung industrieller Energie- und Wasserverbraucher indes, die Niederlande sollten mehr einheimisches Gas fördern. Nur so könne man verhindern, dass Fabriken schließen oder essenzielle Produkte wie Sauerstoff für Krankenhäuser nicht mehr ausreichend zur Verfügung stehen. Unterstützung kam aus Berlin, wo man sich noch wesentlich verzweifelter als in den Niederlanden um Alternativen zum russischen Gasimport bemüht. Der liberale Abgeordnete Wolfgang Kubicki, stellvertretender Vorsitzender des Deutschen

Bundestags, regte in einem Interview mit dem deutschen Nachrichtenmagazin „Spiegel“ ebenfalls an, die Groninger Bevölkerung für entstehende Schäden zu kompensieren, und zwar über einen europäischen Fonds.

So macht die Diskussion um die Groninger Gasfelder weit über die Landesgrenzen hinaus deutlich, dass die gerade erst begonnene Suche nach Ersatz für russische Energie ein ziemlich schmerzhaftes Thema werden wird.

Tobias Müller berichtet für die woxx vorwiegend aus den Niederlanden.

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics

Administration des ponts et chaussées

Division des travaux neufs

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : services

Modalités d'ouverture des offres :

Date : 25/05/2022 Heure : 10:00
Lieu : Les offres sont obligatoirement à remettre via le portail des marchés publics avant les dates et heures fixées pour l'ouverture. Il n'y aura pas de séance d'ouverture publique de la

procédure ouverte.

SECTION II : OBJET DU MARCHÉ

Intitulé attribué au marché : Direction des travaux relative aux chantiers aux alentours du pôle d'échange Höhenhof.

Description succincte du marché :

Mission de direction des travaux, c'est-à-dire mise à disposition de personnel technique qualifié pour le contrôle et la surveillance de chantiers de génie civil (voirie et ouvrage d'art) suivants :

- Nouveau boulevard du Höhenhof
- Réaménagement de l'échangeur Senningerberg
- Mise à 2 x 2 voies de la NI entre Senningerberg et l'aéroport
- Divers autres chantiers de moindre envergure

Quantitatif :

- Directeur des travaux : 10.700 heures
- Adjoint au directeur des travaux, spéc. « construction routière » : 7.200 heures

- Métreur : 10.700 heures
- Géomètre : 9.500 heures

Durée approximative de la mission : 54 mois.

Début prévisible de la mission : fin 2022.

SECTION IV : PROCÉDURE

Conditions d'obtention du cahier des charges :

Les documents de soumission sont à télécharger à partir du portail des marchés publics (www.pmp.lu).

SECTION VI : RENSEIGNEMENTS COMPLÉMENTAIRES

Autres informations :

Conditions de participation :

Les conditions de sélection sont énoncées dans le dossier d'appel d'offre.

Réception des offres : La remise électronique des offres est obligatoire. Les offres sont à remettre via le portail des marchés publics conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les dates et heures fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. : 20/04/2022

La version intégrale de l'avis n° 2200848 peut être consultée sur www.marches-publics.lu